

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2020

23. März 2020



## Liebe Leserinnen und Leser,

als ich mich in meinem letzten Newsletter von einem turbulenten Jahr verabschiedet habe, konnte noch niemand ahnen, was im neuen Jahr auf uns zukommen würde. Mit der weltweiten Corona-Krise befinden wir uns in einer außergewöhnlichen Situation, wie wir sie hier in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie hatten. Wir alle stehen vor immensen Herausforderungen, um die Gesundheit und das Leben unserer Bevölkerung zu schützen.

Aber darüber hinaus gilt es auch, massiven Schaden von unserer Wirtschaft abzuwenden, den die dringend durchzuführenden Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen unvermeidlich nach sich ziehen. Der Landtag hat die Dringlichkeit erkannt und kurzfristig den Weg freigemacht, um mit einem Milliardenprogramm den Schutzschirm des Bundes zu ergänzen und insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen schnelle und unkomplizierte Unterstützung zukommen zu lassen. Über einen Härtefallfonds sollen die Betroffenen direkte Zuschüsse erhalten, um Engpässe zu überbrücken. Die notwendigen Verfahren und Formulare sollen schnell bereitgestellt werden. Das Aussetzen der Schuldenbremse konnte beschlossen, um weitere Mittel freizugeben.

Allein die AfD hat wieder mit ihren üblichen Spielchen und parlamentarischen Tricks versucht, die Sondersitzung des Landtags zu vertagen und damit die zügige Bereitstellung der dringend nötigen finanziellen Hilfen für unsere Wirtschaft hinauszuzögern oder ganz und gar zu verhindern. Gerade in der Krise zeigt sich einmal mehr das wahre Gesicht dieser Partei, die das Wohl der Menschen im Land aufs Spiel setzt.

Der Landtag von Baden-Württemberg hat mit dem Sofortprogramm und dem Nachtragshaushalt das Heft des Handelns in die Hand genommen und gezeigt, dass er auch in Notsituationen handlungsfähig ist. Von der Landesregierung kam ein solcher Vorschlag nicht. Auch hier zeigte ihr Zustand starke Risse. Die Koalitionspartner werfen sich gegenseitig Wahlkampfmanöver vor. Die Grünen und vor allem deren Finanzministerin Edith Sitzmann bewiesen sich als Bremser bei den wirtschaftlichen Hilfen. Kritik gab es von den Kommunen für die Kurzfristigkeit, mit der die Details der Anordnungen zur Verlangsamung der Corona-Ausbreitung übermittelt wurden. Hier fehlten klare politische Ansagen.

Doch ist jetzt nicht die Zeit für politische Grabenkämpfe. Wir brauchen Besonnenheit und Zuversicht, um diese Krise gemeinsam zu bestehen. Und wir brauchen Solidarität! Ob unsere Maßnahmen greifen und wir die richtigen Entscheidungen getroffen haben, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen.

Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, allen denjenigen herzlich zu danken, die tagtäglich dafür sorgen, dass unser System aufrechterhalten bleibt. Besonderer Dank geht an alle Beschäftigten im Gesundheitssystem, die in vorderster Reihe gegen den Virus kämpfen. Aber auch Dank an alle, die für die Versorgung unserer Bevölkerung mit Mitteln des täglichen Bedarfs und dringender Dienstleistungen sorgen. Sie arbeiten derzeit alle unter extremen Bedingungen.

In der Hoffnung, dass wir die Herausforderungen dieser außergewöhnlichen Zeit meistern werden, bitte ich alle, daran mitzuwirken und ihren persönlichen Beitrag zu leisten. Bleibt möglichst zuhause, meidet unnötige soziale Kontakte, aber bietet Eure Hilfe und Unterstützung dort an, wo sie dringend gebraucht wird. Vielleicht wirft uns diese Krise ja auf das Wesentliche zurück, dass wir nämlich als Menschen des anderen Menschen bedürfen.

In diesem Sinne wünsche Ich Euch eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## **Abschieben von Flüchtlingen in Arbeit**

**In der 109. Sitzung am 29. Januar diskutierte der Landtag über einen von der SPD eingebrachten Antrag, der die Abschiebung von gut integrierten Flüchtlingen mit Arbeit thematisiert.**

Die Abschiebep Praxis des Innenministers ist absurd und gegen jeden Menschenverstand. Sie löst Unverständnis und Frust bei den Menschen im Land aus, die sich haupt- oder ehrenamtlich für eine gelungene Integration einsetzen. Geflüchtete, die sich integrations- und arbeitswillig zeigen, werden abgeschoben. Wir senden damit ein verheerendes integrationspolitisches Signal aus. Der Innenminister handelt ausdrücklich und bewusst gegen die Interessen der Wirtschaft, die diese Arbeitskräfte dringend braucht. Wir haben die Unternehmen vor Jahren aufgefordert, ihren Anteil zur Integration der Flüchtlinge beizutragen und nun werden die von ihnen eingestellten Flüchtlinge abgeschoben. Das Land stößt damit nicht nur die Unternehmer vor den Kopf, sondern bringt gerade kleine Handwerksbetriebe in existentielle Not.

Und was machen der Ministerpräsident und die Grünen? Die Koalitionspartner sabotieren sich gegenseitig. Während der Innenminister die Beschlüsse des Koalitionsausschusses ignoriert, drohen die Grünen, die Änderung des Polizeigesetzes zu blockieren. Das sind Mittel einer Opposition, aber doch nicht der aktuell führenden Landesregierung. Eine Regierung kann kein anarchisches Nebeneinander von Parteien sein, wo jeder sein Ministerium wie einen kleinen Freistaat regiert. Wir können und dürfen die Grünen hier nicht aus der Verantwortung entlassen. In der Landesverfassung steht eindeutig, dass der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik bestimmt. Von einer Ausnahme für den Innenminister steht da nichts.

Es gibt Menschen in diesem Land, die halten diesen Wahnsinn für Methode: A sagen, aber gleichzeitig B zulassen, Sonntagsreden über Abschiebestopps halten, hier protestieren und dort betroffen sein, aber die Hände in Unschuld waschen und nichts unternehmen. Sagen, man akzeptiere keine Abschiebungen aus Kitas und Schulen, aber genau diese Abschiebungen finden statt im Land! So wollen die Grünen gleichzeitig für alles stehen, ohne für irgendetwas auch EINSTEHEN zu müssen. Das hinterfragt deren Glaubwürdigkeit.

Wir Sozialdemokraten wollen integrationspolitisch die richtigen Signale setzen. In unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, mit einer Initiative im Bundesrat endlich auf eine Regelung zu drängen, die Geflüchteten in Arbeit gerecht wird und unnötige Härten vermeidet.

## **Bewältigung der Corona-Krise**

**In der kurzfristig anberaumten Sondersitzung des Landtags am 19. März verabschiedete der Landtag einen Nachtragshaushalt mit dem die fortschreitende Ausbreitung des Corona-Virus verhindert und die dadurch entstehenden wirtschaftlichen Härten abgefangen werden können.** Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation und stehen Herausforderungen gegenüber, wie wir sie bisher in Friedenszeiten so noch nicht gekannt haben. Wir müssen nun das Richtige tun und zwar so, dass es auch wirksam ist.

Die SPD fordert seit jeher ein starkes Gemeinwesen, einen Staat der Fürsorge für seine Bürger übernimmt. Deswegen unterstützen wir die Maßnahmen der Landesregierung.

Über die gesundheitlichen Auswirkungen hinaus wird die Corona-Krise auch wirtschaftliche Schäden für unser Land bringen. Eine Fehlerdiskussion ist jetzt nicht angebracht. Der Staat ist hier eine lernende Institution. Solidarisches Handeln ist gefragt. Auch ein Überbietungswettbewerb ist fehl am Platz und führt nur zur Verunsicherung der Menschen. Wir brauchen Besonnenheit und keine Panikreaktionen. Alle Maßnahmen müssen auf ihre Rationalität und Wirksamkeit geprüft werden. Wir müssen den Menschen helfen und ihnen Zuversicht geben, dass wir gemeinsam über die Krise hinwegkommen. Wir müssen nicht nur Geld aus dem Haushalt lockermachen, sondern auch Kreditaufnahmen ermöglichen und Rücklagen für Risiken aktivieren. Es bedarf schneller Hilfen, denn gerade kleine Unternehmer und Selbstständige können schon innerhalb weniger Tage vor dem Ruin stehen. Es darf keine Unterschiede geben zwischen verschiedenen Branchen – allen muss die gleiche Hilfe zukommen.

Nicht alles lief bisher optimal. Es gab Kritik von OBs und BMs, dass es für die Kommunen schwierig sei, die Anweisungen umzusetzen. Aber wir müssen lernen! Besonnenheit und Klarheit sind wichtig. Die Auswirkungen dieser Krise müssen nachhaltig bekämpft werden. Die Unterstützung darf nicht mit der Aufhebung der Maßnahmen abreisen. Wir müssen unsere Lehren daraus ziehen und zukünftig besser vorbereitet sein. Der Gedanke der Solidarität sollte nach der Krise nicht wieder verschwinden, sondern als gesellschaftliches Gut bewahrt werden. Wir funktionieren nur dann, wenn wir Verantwortung füreinander übernehmen. Politik muss handlungsfähig sein! Nicht nur die Landesregierung, auch der Landtag muss in solchen Zeiten über Probleme diskutieren. Die SPD macht den Weg frei, damit Schaden vom Land abgewandt werden kann.

## „Stoch packt's an!



Letzten Oktober habe ich von meinen Aktionen „Stoch packt's an!“ hier im Wahlkreis berichtet. Ich war als Bio-Bauer und als Pflegehelfer im Altenheim tätig. Inzwischen ist diese Reihe aufs gesamte Land ausgedehnt und ich durfte in verschiedenen Berufsfeldern anpacken. Abgesehen davon, dass die Aktionen eine wunderbare Abwechslung zum doch meist eher sitzlastigen Politikalltag darstellen und mir großen Spaß machen, habe ich tiefe Einblicke in einige Branchen und deren spezifische Probleme gewonnen. So war ich u.a. als Fahrradkurier, als Schreiner und bei der Flughafenfeuerwehr unterwegs.



Die Eindrücke und Erfahrungen sowie die persönlichen Gespräche helfen mir, meine politische Arbeit an der Realität in diesen Berufsfeldern auszurichten und entsprechend Verbesserungen, vor allem für die Arbeitnehmer, aber auch für die Betriebe selbst, zu erzielen. Ich werde noch einige Zeit mit dieser Aktionsreihe im Ländle unterwegs sein und wenn Ihr eine spannende Arbeit für mich habt, dann meldet Euch!



Alle Aktionen könnt Ihr auf Facebook verfolgen:  
<https://www.facebook.com/StochAndreas/posts>

## Die SPD in Zeiten von Corona

Der SPD-Landesvorstand hat sich jüngst in einer Telefonkonferenz dazu entschieden, im Kampf gegen das Corona-Virus alle geplanten Veranstaltungen der SPD Baden-Württemberg bis Ende April auszusetzen. Diese Entscheidung gilt auch als Empfehlung für alle Ortsvereine und Kreisverbände. Unaufschiebbare Sitzungen sollen als Video- oder Telefonkonferenzen durchgeführt werden. Der Schutz der Menschen, also auch der unserer Parteimitglieder, hat für uns oberste Priorität.

Die Absagen betreffen auch meine angelaufene **Dialogtour**, die ich als designierter Spitzenkandidat für die Landtagswahl durchführen wollte. Der damit verbundene Beteiligungsprozess zur Erstellung unseres Wahlprogramms soll nun verstärkt online stattfinden.



## Solidarität statt Hamsterkäufe!

Der Landesvorstand hat den Mitgliedern vorgeschlagen, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten den bestehenden Initiativen zur Nachbarschaftshilfe in Baden-Württemberg anzuschließen oder eigene Initiativen vor Ort zu gründen. Es wäre schön, wenn auch die Ortsvereine oder die Jusos in meinem Wahlkreis solche Initiativen ins Leben rufen würden.

Wir als SPD wollen dabei mithelfen, dass unsere Mitmenschen, die sich in Quarantäne befinden, krank oder pflegebedürftig sind oder zu einer Risikogruppe zählen, mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden. Solidarität ist in diesen Zeiten wichtiger denn je. Wir wollen diese Solidarität als Sozialdemokraten auch selbst vorleben, soweit uns dies irgend möglich ist. Macht mit und seid dabei: Solidarität statt Hamsterkäufe!

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)

Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)